Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 12

Artikel: Präsident Carters Einstellung zu Nukleartechnik und Weltordnung
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142610

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

titel) die Auseinandersetzung zwischen Guisan und Wille und das Verhalten der Schweiz gegenüber Hitler-Deutschland zur Diskussion stellen.

Der Verein «Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest» umschreibt seine Zielsetzung in den Statuten wie folgt: «Die Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest bezweckt die Erhaltung, den Ausbau und die Förderung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Schweiz auf der Grundlage der Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Sozialcharta und der Schweizerischen Bundesverfassung.» — Angesichts der heraufsteigenden Gefahren können wir die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft nur unterstützen und zum Beitritt auffordern. (Postfach 107, 8036 Zürich. PC 80-48476). B. Wicke

Präsident Carters Einstellung zu Nukleartechnik und Weltordnung

Der künftige USA-Präsident, Carter, äußerte seine Auffassung zu diesem Thema in einer Rede, die er als Kandidat für das höchste Amt am 13. Mai 1976 in New York hielt. Unter dem Patronat der Vereinten Nationen sprachen damals Carter und Fred Iklé, der «Direktor der US-Waffenkontrolle und Abrüstungs-Agency», als Vertreter Fords, über «Nuklear-Energie und Weltordnung.» Das «Bulletin of the Atomic Scientists» vom Oktober 1976 faßt die Argumente Carters unter dem Titel «Mehr Verantwortung in der Nuklear-Entwicklung» zusammen (Three Steps toward Nuclear Responsibility).

*

Von Bedeutung ist zunächst, daß Carter kompetent ist, über Nukleartechnik zu sprechen. Nach seiner eigenen Darstellung erhielt er eine Ausbildung als Nuklear-Ingenieur und arbeitete mit am USA Bauprogramm für Atom-U-Boote. Carter ermisst auch die gegenwärtige und die potentielle Bedeutung der Nuklearenergie für die Elektrizitätswirtschaft wie für die medizinische Forschung. Doch ebenso wie die Möglichkeiten sind ihm die Gefahren der atomaren Kraftquelle präsent: Er half sogar einmal, wie er bekannt gab, einen beschädigten Forschungsreaktor zu zerlegen.

Im Gegensatz zu Carter mußte sich Ford für seine Kernenergiepläne ganz auf seine wissenschaftlichen Berater verlassen, was übrigens für jeden Präsidenten seit 1945 der Fall war.

Präsident Carter erklärte unter anderem: «Nach meinen Er-

fahrungen in der Marine und später als Gouverneur von Georgia bin ich, was das Energieproblem angeht, zu einigen grundlegenden Folgerungen gelangt. Unsere Erde hat nur genug Oel für dreißig bis vierzig Jahre, beim jetzigen Stand des Verbrauchs. Sie hat anderseits riesige Kohlenlager, in den USA allein sind Reserven an Kohle für etwa zweihundert Jahre vorhanden. Amerika muß für seine Energie zu Kohle übergehen, dabei aber die mannigfachen Probleme beachten, die der Abbau und die Verwendung von Kohle für den Umweltschutz mit sich bringen. Unser Land muß zudem strenge Energie-Sparmaßnahmen einhalten und für wachsende Energiemengen auf sich erneuernde Quellen, also zum Beispiel Sonnenenergie umstellen.»

«Amerikas Abhängigkeit von Nuklearenergie sollte auf ein Minimum unserer Erfordernisse beschränkt bleiben. Wir sollten zum Beispiel schärfere Sicherheitsstandards für ihren Gebrauch einführen. Wir dürfen unserer Bevölkerung gegenüber, was die Probleme und Gefahren dieser Energie betrifft, nichts verhehlen.»

Ich weiß wohl, daß viele andere Länder nicht die Oel- und Gas-Reserven der USA besitzen. Bei der riesigen Steigerung der Oelpreise glauben viele Länder kurzfristig keine andere Wahl als ein Umstellen auf Nuklearenergie zu haben.

Doch müssen wir uns, wie gesagt, darüber klar sein, daß ein weitverbreiteter Gebrauch von Nuklearenergie mit vielen Gefahren verbunden ist. Atomreaktoren können schlecht funktionieren und dadurch große radiologische Schädigungen verursachen. Radioaktiver Müll kann künftige Generationen und Zivilisationen gefährden, wenn er innerhalb der Biosphäre nicht für immer (!) sicher isoliert wird. Terroristen oder andere Kriminelle können Plutonium stehlen und Waffen herstellen, um damit die menschliche Gesellschaft oder ihre führenden Persönlichkeiten mit nuklearen Terrorakten zu bedrohen, sofern nicht umfassende Sicherheitsmaßnahmen entwickelt und durchgeführt werden, derart daß Nuklearmaterial nicht entwendet werden kann.

Außer diesen Gefahren besteht die bedrohliche Aussicht, daß mit der Verbreitung von Atomreaktoren viele Nationen in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Bis 1990 werden allein schon die Völker der Dritten Welt genug Plutonium in ihren Reaktoren erzeugen, um jedes Jahr 3000 Bomben vom Hiroshima-Kaliber herzustellen, und bis anno 2000 mag die Plutonium-Produktion auf über eine Million Pfund pro Jahr angewachsen sein, was hunderttausend Bomben pro Jahr entspricht, wovon dieHälfte außerhalb der USA hergestellt werden dürften.

Die Aussicht auf eine solche nukleare Zukunft wird besonders beängstigend, wenn eine große Anzahl von Nationen ihre eigenen Anlagen entwickeln, um das Plutonium aus ausgeglühten Brennstäben der Reaktoren zu extrahieren. Selbst wenn Apparaturen für die Ex-

traktion von Plutonium der Inspektion durch die Internationale Atomenergie Agentur (Wien) unterstellt sind, und die Nationen, die über Extraktionsmöglichkeiten verfügen, dem Non-Proliferation Abkommen angehören, so können Plutonium-Vorräte in Krisenzeiten eben doch zu Atomwaffen gemacht werden, ohne daß die internationale Gemeinschaft etwas dagegen zu tun vermag.

Die Wirklichkeit einer solchen Gefahr wurde deutlich gemacht durch die Nuklearexplosion in Indien vom Mai 1974. Sie erwies auf dramatische Art, daß die Produktion von Atomenergie (in einem Kernreaktor wie Beznau. Red.) jedem Land, das dazu noch eine Anlage für die Wiederaufbereitung der Brennstäbe besitzt, eine Option auf Nuklearwaffen verschafft. Man muß auch wissen, daß mit dem Ueberhandnehmen von Kernkraftwerken in den fortgeschrittenen Ländern eine scharfe Konkurrenz im Verkauf von Kernreaktoren eingesetzt hat, wobei im Verkauf die höchst spezialisierte Technologie, eben von Wiederaufbereitungs-Anlagen, manchmal inbegriffen war. Mit der Verbreitung solcher Herstellungsmöglichkeiten, können gewöhnliche Vorkommnisse wie Revolutionen, terroristische Angriffe, regionale Konflikte oder Diktatorenlaunen, nukleare Katastrophen-Dimensionen annehmen.

Nuklear-Energie muß darum auf der Liste globaler Gefahren, die nach neuen Formen internationaler Zusammenarbeit rufen, an oberster Stelle stehen. Soche internationale Aktion sollte auf drei Gebieten unternommen werden:

Wir brauchen internationale Zusammenarbeit, um allen Völkern zu helfen, ihre Energie-Erfordernisse zu erfüllen, wobei der Verlaß auf Kernenergie möglichst eingeschränkt werden soll. In den letzten Jahren hatten wir bedeutende UNO-Konferenzen zum Beispiel über Umweltschädigung, Bevölkerungswachstum, Ernährung, über die Weltmeere, die Rolle der Frau etc. Wir dürfen in solchen Konferenzen zaghafte erste Bemühungen erblicken, globale Probleme auf globaler Grundlage zu behandeln. Kritische Stimmen haben sich zu Unrecht über das Ausbleiben sofortiger Resultate beklagt. Sie sahen nicht oder wollten nicht sehen, daß hier eine neue Traktandenliste in Weltformat sich heraus bildet, eine Liste von Prioritäten unter Weltproblemen, bei denen die Nationen zusammenarbeiten m ü s s e n, es sei denn, sie verzichten auf das Recht, an der Zukunft der Menschheit mitzuplanen.

Die Zeit dafür ist gekommen, daß wir das Welt-Energieproblem auf die neue Traktandenliste setzen. Bereiten wir also eine Welt-Energiekonferenz vor — unter dem Patronat der UNO — um allen Völkern in ihren Energie-Problemen beizustehen — ihnen zu helfen, Energievergeudung zu vermeiden, anderseits Energie wirkungsvoller einzusetzen, Energie-Bedarf mit Umweltschutz in Einklang zu bringen

und sich von fast totalem Verlaß auf versiegende Quellen nicht-erneuerbarer Energie, wie Oel, auf größtmöglichen Gebrauch auf sich erneuernde Energie umzustellen, anstatt von unserem beschränkten Energie-Kapital darum von unserem Energie-Einkommen zu leben.

Eine solche Energie-Konferenz müßte, wie seinerzeit die Konferenz über Ernährung, sorgfältig vorbereitet werden, damit sie, wie die Ernährungskonferenz eine globale Uebersicht — in diesem Fall über die Energieverhältnisse in der Welt ergibt und stimulierend auf die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Energieforschung und Entwicklung einwirkt.

Bisherige Vorstöße zur Zusammenarbeit auf dem Energiegebiet umfassen nicht alle Länder (wie zum Beispiel die Sowjetunion und China) oder sie legten kein Gewicht auf Forschung oder Entwicklung.

Eine Welt-Energiekonferenz hätte die Aufgabe, wirksamere Instrumente zu schaffen, die:

Die Sammlung und Analyse weltweiter Energie-Information verbessern,

ein weltweites Netz von Energie-Forschungszentren organisieren und koordinieren

die Länder, besonders der Dritten Welt über den Ausbau einer vernünftigen Energie-Politik beraten,

technische Hilfe in der Ausbildung von Energie-Planern und Technikern bieten,

der Investitionen aus privaten und öffentlichen Quellen in neue Energie-Unternehmen lenken,

die Forschungs- und Informationsaustausch in der Richtung Energie-Sparmaßnahmen verstärken.

Eine internationale Energie-Konferenz wäre auch der Ort, wo die fundamentale Frage in aller Gründlichkeit erörtert werden müßte:

Ist es wirklich notwendig für das Wohl unserer Völker, daß wir unsere Wirtschaft von Nuklearenergie abhängig werden lassen?

Wenn ja, abhängig in welchem Grad und für was für Zwecke? Es besteht da wirklich eine moralische Verpflichtung, in einer globalen Auseinandersetzung festzustellen, ob wir den nuklearen Weg einschlagen wollen. Wenn dies der Fall ist, müssen wir über die Tragweite dieses Entschlusses im klaren sein.

Die Energie-Konferenz muß darum auch praktische Alternativen zum nuklearen Weg vorweisen. Besonders Länder der Dritten Welt lassen sich heute übereilt in die nukleare Laufbahn drängen, weil sie weder Kenntnis von Alternativen, noch die Mittel haben, sich über solche zu informieren. Es gilt darum gerade die Entwicklungsländer anzuleiten, ihre eigenen Ressourcen, Kohle, Gas Oel richtig zu nutzen und in Verbindung damit jene Klein-Technologie zu entwickeln, die

auch erneuerbare Energie-Quellen wie Sonnenenergie, Wind und Wasser-Kräfte wirksam zu nutzen imstande ist. Durch den Einsatz von ansäßigen Arbeitskräften und an Ort und Stelle verfügbaren Materialien können Abfälle tierischer Herkunft, Holz, schnellwachsende Pflanzen als Brennmaterial verwendet werden.

Die Kosten dieser weltweiten Zusammenarbeit für das einzelne Land wären unbedeutend, während die Entdeckung neuer Energiequellen irgendwo in der Welt von großer Bedeutung sein könnten. Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Ernährungsforschung machte sich durch die Züchtung ertragreicher Cerealien bezahlt. Vergleichbarer Gewinn wäre aus der weltweiten Cooperation in Energie-Forschung zu erzielen.

Als Träger solcher Forschungsarbeit käme eine neue Welt-Energie Agentur oder Agency, die mit der International Atomic Energy Agency in Wien zusammenarbeiten würde, in Frage, wobei die neue Agency sich auf die Forschung nicht-nuklearer und speziell erneuerbarer Energiequellen konzentrieren könnte.

Die Kontrolle einer Verbreitung von Atomwaffen ist ein weiteres sehr wichtiges Postulat. Die Non-Proliferation Treaty, (NPT) (Abkommen über Nicht-Verbreitung von Atomwaffen), bis jetzt das hauptsächliche Kontrollinstrument über Atomwaffen, ist bis heute von fünfundneunzig Staaten ratifiziert worden. DIESE Staaten besitzen selbst keine Atomwaffen und versprechen, keine solchen Waffen oder Nuklear-Explosive herzustellen. Zudem akzeptieren sie internationale Sicherheitsmaßnahmen für ihre nicht-militärischen Nuklear-Operationen. Nun gibt es aber immer noch etwa ein Dutzend wichtiger Staaten mit aktiven Kernkraft-Programmen, die nicht Mitglieder der NPT sind. Es hat sich herausgestellt, daß gewisse über Nuklearwaffen verfügende Staaten (ohne Namensnennung) Nichtmitgliedern des PNT besonders günstige Bedingungen für Nuklear-Material einräumten, wie sich im Fall Indien in der Detonation einer Atombombe erwies.

Das NPT Abkommen verlangt aber zudem, daß die Nuklearstaaten weiter verhandeln mit dem Ziel der Kontrolle, und hernach der Einschränkung des Wettrüstens. Was daraus geworden ist, ist vor allem ein qualitatives Wettrüsten anstelle eines quantitativen Rüstens.

Ein Schritt könnte gemacht werden, um aus der Sackgasse der SALT-Verhandlungen zu einem wirklichen Stopp des strategischen Wettrüstens zu gelangen. Die Sowjetunion und die USA sollten ein Abkommen treffen, wonach alle nuklearen Explosionen, seien es Waffentests oder sogenannte friedliche Explosionen, für fünf Jahre verboten wären. Alle andern Nationen wären einzuladen, sich diesem Abkommen anzuschließen. Nach Ablauf der fünf Jahre könnte das Abkommen verlängert werden.

Die vorauszusehenden Einwände der Sowjetunion gegen ein vollständiges Testverbot wären wohl zu überwinden, da die USA wie die öffentliche Meinung der Weltgemeinschaft die Sowjets doch überzeugen könnten, daß ein umfassendes Testverbot sie nicht benachteiligen würde. Es wäre vor allem ein Zeichen vor aller Welt, daß die Signatar-Staaten mit der weiteren Entwicklung der Nuklearwaffen Schluß machen werden, nachdem dem Testverbot-Abkommen für die Atmosphäre schon über hundert schutzsuchende Nationen angehören. Heute ist der strategische Erkennungsdienst (national verification capabilities) so weit entwickelt, daß nicht einmal Inspektionen an Ort und Stelle nötig sind, da auch sehr schwache Waffentests von Erdbeben unterschieden werden können.

Ein Moratorium ist notwendig.

Der Verkauf von Atomreaktoren ist noch nicht einmal die gefährlichste Operation. Die Hauptgefahr liegt in der Verbreitung von Anlagen für die Anreicherung von Uranium und der Technologie für die Wiederaufbereitung von verbrauchten Reaktor Brennstäben. Stark angereichertes Uranium kann für die Produktion von Waffen gebraucht werden und Plutonium, das aus den gebrauchten Brennstäben extrahiert wird, dient dem selben Zweck.

Unter heutigen internationalen Verhältnissen bietet die International Energy Agency in Wien dem Nuklearmaterial einigen Schutz vor Unterschlagung (diversion) und Diebstahl. Auch die USA sollten ihre Nuklear-Anlagen (facilities) unter diesen Schutz stellen, schon als Demonstration des Willenes, gleiche Bedingungen wie sie für die Non-Weapon-Staaten gelten, zu akzeptieren.

Doch auf dem Gebiet der Anreicherungs- und Wiederaufbereitungs-Anlagen bietet die Wiener Agentur keinen adequaten Schutz. Die USA-Regierung hat es sich im Verlauf mehrerer Präsidentschaften zum Prinzip gemacht, den Verkauf solcher Anlagen zu unterbinden. In letzter Zeit haben jedoch andere Lieferanten von Nuklear-Ausrüstung (equipment) solche Verkäufe getätigt. Nach meiner Ueberzeugung muß der Verkauf solcher Anlagen unter allen Umständen verhindert werden. Der Schutz vor einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen steht hoch über Gewinn-Rücksichten.

Bis Maßnahmen zum Schutz von explosiven Material, Maßnahmen welche die Wiener Agentur vorbereitet — vorliegen, rufe ich alle Nationen auf, in ein freiwilliges Moratorium für den Verkauf von Anreicherungs- und Wiederaufbereitungs-Anlagen einzuwilligen.

Um Widerständen gegen ein solches Moratorium zu begegnen, würde es meiner Ansicht nach genügen, die Angelegenheit den obersten politischen Behörden der Liefernationen zu unterbreiten.

Es hat überhaupt keinen Sinn, Anlagen für Wiederaufbereitung in viele Länder zu verlegen. Eine einzige Anlage für die Wiederaufbereitung von Brennstäben und Anreicherung von Uran genügt für etwa fünfzig Kern-Reaktoren. Die Zusammenlegung solcher Anlagen in Verbindung mit der Lagerung von Brennstoff würde die Verbreitung von Nuklearwaffen, den Diebstahl von Plutonium und die Kontaminierung der Atmosphäre sehr erschweren. Denkbar wären multinationale Zentren für die Herstellung und Wiederaufbereitung von Reaktor-Brennmaterial, an denen sich regionale Staaten finanziell beteiligen könnten, was mit der Garantie verbunden wäre, für ihre Bedürfnisse mit angereichertem Uran beliefert zu werden.

Was die Lagerung auf lange Sicht von Atom-Müll betrifft, sollten die USA und die andern Nuklearmächte endlich über das Stadium der Debatten und Unentschiedenheit heraus kommen und etwas tun. Die USA könnten damit beginnen, die hochradioaktiven Rückstände ihrer militärischen Programme für Dauerlagerung vorzubereiten. Die Müll-Lagerung kann sicher nur auf internationaler Basis geregelt werden.

Die meisten Nationen der Welt wollen keine nuklearen Waffen. Es besteht ein weitverbreitetes Gefühl, daß es nicht im Interesse von Einzel-Nationen liege den Nuklearweg einzuschlagen (to go nuclear). Dies ist die Grundlage für unsere Bemühungen das Atom zu kontrollieren. Die negativen Maßnahmen — große Zurückhaltung seitens der Produzenten und Lieferanten von nuklearem Material und Technologie müssen zu den größeren und positiven Bemühungen von Non-nuclear-Staaten hinzukommen, um den Widerstand gegen weitere Verbreitung von Atomwaffen aufrecht zu erhalten.

Ich habe auf drei Gebiete hingewiesen in denen wir international aktiv werden müssen.

1. Die Energie-Bedürfnisse aller Länder müssen gedeckt werden, doch vom Verlaß auf Nuklear-Energie ist abzuraten.
2. Die Verbreitung von Nuklearwaffen muß eingeschränkt werden.
3. Die Verbreitung von «friedlicher» Nuklear-Energie muß gefahrlos gemacht werden.

Sicher ist soviel: Die Zeit, da man den Dingen den Lauf lassen konnte, ist vorbei, die Tage der laisser aller-Politik und Diplomatie ist dahin. Ein Bündnis um zu überleben tut not — eine Allianz, die über Länder und Ideologien hinausgeht, wenn wir die Menschheit ins 21. Jahrhundert hinüber retten wollen.

Amerika, wie jedes Land ist besorgt um seine nationale Sicherheit. Aber ein Gleichgewicht des Schreckens ist ungenügend als Grundlage für eine friedliche und stabile Weltordnung. Eine der schwersten Bedrohungen der Sicherheit jedes Landes liegt im Zerfall der interna-

tionalen Ordnung. Gleichgewichtspolitik muß ergänzt werden durch Weltordnungs-Politik, wenn die Außenpolitik der Nationen modernen Bedürfnissen entsprechen soll.

Die politischen Führer aller Nationen, des Ostens oder des Westens, sind immer der Versuchung ausgesetzt, ihren Völkern kurzfristige Gewinne zu versprechen und deren Kosten anderen Ländern, künftigen Geschlechtern, oder aber unserer Umwelt aufzuerlegen. Die Energie, die Luft, die Meere und die ungeborenen Generationen haben kein Stimmrecht. Aber eine kurzsichtige Politik heute führt zu unüberwindlichen Schwierigkeiten morgen.

Es ist darum an der Zeit, daß politische Führer in aller Welt ihre Aufgabe weiter fassen und eine heilsame Achtung für die Nachwelt, für die Bedürfnisse anderer Völker und die Weltatmosphäre beweisen.

Ich glaube das amerikanische Volk wünscht diese großzügigere Art von Führung. Nachdem ich in den letzten zwei Jahren fast jeden von unseren fünfzig Staaten besucht habe, muß ich sagen, daß unsere Leute zutiefst bedrückt sind über gewisse Entwicklungen in den Vereinten Nationen. Sie wollen die UNO nicht verlassen, wohl aber eifriger für eine UNO sich einsetzen, die den Gründern vorschwebte — nicht ein Tummelplatz für Streithähne soll sie sein, sondern ein Instrument für die Versöhnung von Gegensätzen und die Lösung gemeinsamer Probleme.

Wir Amerikaner wollen mitarbeiten, nicht einfach debattieren. Ein gemeinsames Programm, ob über Nuklearenergie oder andere Weltprobleme ist einer dauernden und destruktiven Polemik unendlich vorzuziehen. Unser Wunsch nach weltweiter Zusammenarbeit geht zurück auf Amerikas Selbstvertrauen, unsere F ä h i g k e i t uns für solche wirksame Cooperation einzusetzen und auf das moralische Gebot, daß wir als Menschen einander helfen müssen, wenn wir auf diesem Planeten überleben sollen.

Das Nuklear-Zeitalter, das beides, Schwert und Pflugschar aus der selben Quelle bringt, verlangt außerordentliche Selbst-Disziplin von allen Nationen. Wenn wir diese Probleme in Demut und Selbstzucht angehen, wird es uns vielleicht gelingen, unsere Ziele — Energiegenügen und Weltordnung zu verbinden.

Nachwort der Redaktion: Man tut meines Erachtens gut daran, sich vor Augen zu halten, daß vorstehende Ausführungen in einer Wahlrede des Präsidentschaftskandidaten Carter figurierten und mit der deutlichen Absicht vorgetragen wurden, es weder mit den Atomgegnern zu verderben noch mit der Geschäftswelt, die mehrheitlich hinter dem Atomprogramm der mächtigen Korporationen steht. Kandidat Carter hat ja in den letzten zwei Jahren fast jeden der fünfzig Staaten besucht: da dürfte er festgestellt haben, was die Abstimmung vom 2. November bestätigte, daß nämlich ein Moratorium, ein Aufschub im Bau

weiterer Kernkraftwerke, selbst in jenen sechs Staaten, wo dafür eine Initiative vorlag, nicht gewünscht wird. Es ist in USA nicht anders als bei uns; die Angst vor einer Energieknappheit oder gar Stromrationierung wird stets geschürt, darum kein Gesamtenergiekonzept, darum kein Sparprogramm. Das Moratorium das Carter wünscht, bezieht sich nur auf den Verkauf von Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen, die von unerwünschten Konkurrenten der amerikanischen Korporationen fabriziert werden. Im übrigen, sagt er, seien die Energie-Erfordernisse aller Länder zu befriedigen auch durch den Bau von Atomreaktoren. Der Vorschlag einer Weltenergiekonferenz hat etwas für sich, nur ist zu fürchten, daß sie nicht dazu beitragen wird die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt zu überbrücken. Carter wird kaum ernsthaft annehmen, daß die multinationalen Forschungszentren von denen er spricht, sich mit der Kleintechnik, dem Erfordernis vor allem der Entwicklungsländer, besonders befassen würden — da steckt kein Geld drin.

Man muß Carter zugute halten, daß sich aus Wahlreden schwer Schlüsse auf die Qualitäten des künftigen Präsidenten ziehen lassen, besonders wenn er, wie Carter, fast aus der politischen Anonymität auftaucht. Uns scheint, es kommt alles auf seinen Charakter an. Er hat die Einsicht in die Zusammenhänge, er sieht die Gefahr internationaler Anarchie; wird er sich durchsetzen und für seine Überzeugungen kämpfen? Die Tatsache, daß Carter allein sich für die Zulassung eines schwarzen Pfarrers in seiner Gemeinde einsetzte, zeigt, daß er sich in dieser moralischen Frage auch hat durchsetzen können.

Der Mann an Carters Seite

In der englischen Sonntagszeitung **«The Observer»** (21. November) findet sich eine interessante Unterredung, die **Colin Legum** mit **Andrew Young** hatte, dem jungen schwarzen Kongreßmann, der 94 Prozent der Schwarzen für die Kandidatur Carters gewann. Die Tatsache, daß Andrew Young jahrelang an der Seite Martin Luther Kings für die rechtliche Stellung der Schwarzen kämpfte, daß er überdies mit Jimmy Carter, als dem früheren Gouverneur von Georgia während dessen Amtszeit engen Kontakt hatte, gibt seinem Urteil Gewicht.

Auf die Frage, warum er glaube, Carter werde ein guter Präsident, sagte Young, des Präsidenten mitfühlende Natur gehe auf seine eigene Erfahrung der Armut zurück, und die Eindrücke, die er vom Rassismus in seinem Heimatstaat Georgia empfing. Carter gab eine vielversprechende Laufbahn in der Marine auf und kehrte zu seiner Familie zurück, als diese schlecht daran war, übrigens zu einer Zeit als Rassenhaß und Unterdrückung der Schwarzen einen Höhepunkt erreichte. Er